



Das Athener Manifest



EUROPEAN TRADE UNION CONFEDERATION (ETUC)

Das Athener Manifest

Das zentrale Thema der Europäischen Gewerkschaften heute ist der Druck, den die Finanzkrisen in Griechenland, Irland und Portugal und die allgemeine Sparpolitik in anderen Mitgliedsstaaten auf Löhne, öffentliche Dienstleistungen, Sozialleistungen, Renten sowie Arbeits- und Lebensbedingungen ausüben.

Der EGB ist höchst besorgt über die bisherigen negativen Auswirkungen der Rettung notleidender Volkswirtschaften seitens der EU und des Internationalen Währungsfonds. Die beispielsweise Griechenland, Portugal und Irland auferlegten Sparmaßnahmen haben die Lage verschlimmert und die betroffenen Länder sehen sich einer langen Phase der Rezession, steigenden Schuldenlasten, Druck auf die Arbeitsschutznormen und Arbeitsrechte sowie Arbeitslosigkeit gegenüber. Es besteht die reelle Gefahr, dass die Schulden dieser Länder und ihrer Bevölkerung weiter wachsen, was immense Gefahren für Europa und seine Mitgliedsstaaten birgt.

Der EGB fordert daher dringend eine Änderung des EU-Ansatzes. Den Ländern, die sich in Schwierigkeiten befinden, soll wirksam geholfen werden.

Der neue für die Eurozone und sechs andere Volkswirtschaften geltende Euro-Plus-Pakt hat weitreichende Auswirkungen auf die Löhne, da er Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten zu folgenden Punkten enthält:

- > Vergleich der Lohnstückkosten
- > Ablehnung der Lohnindexierung und generell zentraler Tarifverhandlungen
- > Bindung der Löhne an die Produktivität ohne Berücksichtigung der Inflation
- > Druck auf die Löhne im öffentlichen Dienst und in manchen Fällen auf die Mindestlöhne, auch mit Auswirkungen auf die Privatwirtschaft

- > Druck auf Rentenansprüche und Vorruhestandsregelungen
- > Förderung strenger Haushalts- und Verfassungskontrollen der öffentlichen Schulden und Ausgaben

Der EGB erklärt, dass dieser Ansatz für die europäischen Gewerkschaften völlig inakzeptabel ist, und wird auf allen Ebenen dafür kämpfen, die folgenden Grundsätze aufrecht zu erhalten:

- > Die Löhne sind nicht der Feind der Wirtschaft, sondern ihr Motor, sie fördern Wachstum und Beschäftigung;
- > die Autonomie der Tarifpartner bei den Lohn- und Tarifverhandlungen muss geachtet werden; gleichzeitig müssen die Gewerkschaften ihre Tarifverhandlungen besser koordinieren;
- > die Kaufkraft der Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer muss verbessert werden; Lohnzuwächse müssen Inflation und Produktivität entsprechen; gleichzeitig müssen bestehende Lohnindexierungssysteme mit dem allgemeinen Ziel einer gerechten Verteilung des Wohlstands erhalten bleiben;
- > der Trend zur Zunahme der Einkommensungleichheit muss umgekehrt werden;
- > der Kampf gegen Lohn- und Steuerdumping muss intensiviert werden und es muss der Grundsatz gleichen Lohns für gleiche Arbeit gelten;
- > Rentenansprüche und -systeme sollten geschützt werden und menschenwürdige Lebensbedingungen gewährleisten;
- > die Bestimmungen zu Staatsschulden sollten den wirtschaftlichen Realitäten und außergewöhnlichen Umständen angepasst werden und keine Rezession und ihre gesellschaftlichen Folgen durch Sparmaßnahmen verursachen.



In diesem Zusammenhang sind wir entschlossen,

- die zunehmende Macht der extremen Rechten und ihre engstirnigen nationalistischen Verbündeten zu bekämpfen und uns für ein soziales Europa einzusetzen; bei den nächsten Europawahlen werden wir hierfür aktiv eintreten;
- Arbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit, prekäre Arbeitsbedingungen und Sparpolitik zu bekämpfen;
- uns für Wachstum und Nachhaltigkeit einzusetzen;
- uns dafür zu engagieren, dass die Gewerkschaften stärker werden und mehr Mitglieder bekommen;
- eine gemeinsame Antwort auf einen zunehmend integrierten europäischen Arbeitsmarkt zu finden.

Dies werden die wichtigsten Aufgaben des EGB in der Zeitspanne 2011-2014 sein. Der EGB wird:

1 für einen europäischen New Deal für Arbeitnehmer, **gegen Sparpolitik, Kürzungen bei den Löhnen, Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen** und **für eine euro-päische Wirtschaftsregierung kämpfen, die den Interessen der Menschen in Europa und nicht den Märkten dient**, einschließlich qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung, Stärkung des europäischen Sozialmodells. Wichtige Beispiele sind: eine Finanztransaktionssteuer, Harmonisierung der Bemessungsgrundlage der Unternehmenssteuer, Mindeststeuersätze für Unternehmen, Einführung von Eurobonds und Maßnahmen zum Schutz von Zukunftsinvestitionen vor blinden Sparpolitiken;

2 fordern und dafür kämpfen, dass grundlegende Sozialrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben und dass folglich dieser Grundsatz in einem **Protokoll zum sozialen Fortschritt** zu den europäischen Verträgen, in einer novellierten **Entsenderichtlinie** und in der Monti II genannten **Binnenmarktverordnung** verankert wird;

3 **mehr und bessere Arbeitsplätze** an die Spitze der Europäischen Agenda und ins Zentrum der europäischen Wirtschaftsregierung setzen und dieses Thema im europäischen sozialen Dialog sowie in der Bewertung der Strategie Europa 2020 und der Binnenmarktakte zur Sprache bringen;

4 eine koordinierte Aktion gegen die **Jugendarbeitslosigkeit** mit garantiertem Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsplätzen sowie Investitionen in ein gutes Bildungssystem von der frühen Kindheit bis zur Hochschulbildung fordern;

5 die **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** aller Arbeitnehmer in Europa, den Kampf gegen Schwarzarbeit, Korruption und die Schattenwirtschaft sowie das **Sozial- und Lohndumping** durch Gesetze und im Rahmen des sozialen Dialogs zur Priorität machen;

6 **gemeinsame Initiativen** mit europäischen Arbeitgebern für grüne Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen, eine nachhaltige Industriepolitik, Bildung und Ausbildung entwickeln;

7 dafür sorgen, dass **alle Arbeitnehmer**, welche Art von Arbeit sie auch haben, ein menschenwürdiges Leben führen können und durch Tarifverträge und/oder Gesetze geschützt sind, die Gleichbehandlung garantieren, und gewährleisten, dass sie Arbeitnehmerrechte genießen;

8 eine **effiziente und strenge Regulierung der Finanzmärkte und Rating-Agenturen**, ein Ende der Steueroasen, eine Finanztransaktionssteuer und ein Ende von exzessiven Gehältern, Abfindungen und Boni für Führungskräfte fordern;

9 neue Systeme der **Unternehmensführung** zur Förderung von Nachhaltigkeit, Langfristigkeit und gerechter Vergütung für alle fordern – Systeme, in denen europäische Betriebsräte, Gewerkschaften und

die Informations-, -Konsultations- und -Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern eine grundlegende Rolle spielen müssen;

10 einen aktiven Beitrag zur Steuerung eines **gerechten Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft**, auch durch sozialen Dialog, leisten sowie Forschung und Innovation in den neuen Technologien und Energieeffizienz unterstützen;

11 die **öffentlichen Dienstleistungen** unterstützen und gegen ihre Abschaffung infolge Sparmaßnahmen und umfassender Privatisierung kämpfen und so ihren wichtigen Beitrag zu demokratischer Entwicklung, nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Sozialfürsorge sicherstellen;

12 sich aktiv für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen und **alle Formen der Diskriminierung** aufgrund des Geschlechts, der Rasse, der Religion, des Alters, von Behinderung und sexueller Orientierung bekämpfen. Die EU als Ganzes muss bei der Suche nach Lösungen hinsichtlich der Migrationsströme auf der Grundlage von Gleichheit, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, zu denen wir uns in den Verträgen verpflichten, die Führung übernehmen;

13 **Wanderarbeitnehmer** durch die gegenseitige Anerkennung der Mitgliedschaft in Gewerkschaften und gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit auf der Grundlage des Gastlandprinzips schützen und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen; ferner müssen alle Wanderarbeitnehmer das Recht haben, über ihre Rechte im Gastland unterrichtet zu werden;

14 die **Gesundheits- und Sicherheitsnormen** verbessern, z.B. durch den Einsatz für Arbeitszeitregelungen, die die Gesundheit schützen, und keine Ausnahmeregelungen zulassen, durch Kontrolle der Vereinbarungen zu Stress, die Umsetzung der IAO-Empfehlungen zu AIDS, Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, die vorrangige Berücksichtigung muskulo-skelettaler Erkrankungen, die Stärkung der Arbeitsaufsicht, den Schutz persön-

licher Daten und die vollumfängliche Umsetzung der REACH- Chemikalienverordnungen, die Verstärkung der Ausbildung; ferner soll an einen Tag im Jahr die Arbeit von Gesundheits- und Sicherheitsbeauftragten gefeiert und gefördert werden;

15 die **EU-Erweiterung** durch die Arbeit mit verbündeten Gewerkschaften in der Türkei und auf dem westlichen Balkan zu unterstützen;

16 **gerechte und nachhaltige Globalisierung** unterstützen, auch durch EU-Kooperationsabkommen (aber nicht unbedingt alle bilateralen Handelsabkommen, vor allem nicht das mit Kolumbien) und eng mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund ITUC und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss TUAC zusammen arbeiten;

17 das **europäische Sozialmodell als ein positives und nachhaltiges Modell für die globale Entwicklung** fördern und sich mit dem ITUC weltweit für Gewerkschaftsrechte einsetzen;

18 den **Pan-Europäischen Regionalrat (PERC)** und subregionale Aktivitäten in Europa sowie Gewerkschaften und den sozialen Dialog in der Euromed-Region unterstützen; die Beziehungen zu Gewerkschaftsorganisationen in Afrika, Nord- und Lateinamerika und Asien fördern;

19 das **Streikrecht für grenzüberschreitende Fragen** fordern und der Forderung nach einer **speziellen Arbeitskammer** des Europäischen Gerichtshofes Nachdruck verleihen;

20 den Einsatz der dem ETUC zur Verfügung stehenden Palette an **Instrumenten** maximieren, um den Einfluss der Gewerkschaftsagenda auf europäischer Ebene zu verbessern, z.B. durch Kampagnen und Mobilisierungen mit Hilfe der EU-Institutionen, Arbeitgeber und des Sozialdialogs, Verbündeter in der Zivilgesellschaft, mittels des Dreigliedrigen Sozialgipfels für Wachstum und Beschäftigung und der Außenbeziehungen der EU.

